

Kommt der Aufschwung im Jahr 2000?

Die konjunkturelle Dynamik hat sich im laufenden Jahr deutlich abgeschwächt. Fast alle Prognosen zur Jahreswende wurden nur vier Monate später zum Teil beträchtlich nach unten revidiert. Für 1999 wird von einer Zunahme des realen BIP in Höhe von 1,7 Prozent ausgegangen; erst im nächsten Jahr wird wieder mit einer deutlichen Belebung gerechnet. Getragen wird dieser Aufschwung von den Komponenten der Binnennachfrage. Für den Arbeitsmarkt jedoch sind auch im nächsten Jahr keine spürbaren Entlastungen zu erwarten.

Tabelle 1: Wirtschaftlicher Aufholprozeß in Ostdeutschland (Westdeutschland = 100)

	1992	1994	1996	1998	1999	2000
Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen je Einwohner	38,9	52,3	56,8	55,9	56,5	56,7
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten	60,7	70,5	73,6	73,8	73,8	73,9
Arbeitsproduktivität ¹⁾	43,5	56,0	59,4	59,4	59,9	60,3
Lohnstückkosten ²⁾	139,4	126,0	124,0	124,1	123,2	122,6

1) Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen. – 2) Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je abhängig Beschäftigten bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.
Quelle: Gemeinschaftsdiagnose, Frühjahrgutachten 1999

■ Mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsproduktes von 1,7 Prozent im laufenden Jahr revidieren die in der Arbeitsgemeinschaft vertretenen Wirtschaftsforschungsinstitute ihre noch im Herbst letzten Jahres veröffentlichte Prognose (2,3 Prozent) deutlich nach unten. Damit tragen die Konjunkturforscher den Auswirkungen der Asien- und Lateinamerika-Krisen auf die deutschen Exporte stärker Rechnung als noch im letzten Gutachten. Für das laufende Jahr ist nicht mehr mit einer Belebung der Exporte zu rechnen. Weniger pessimistisch ist hier allerdings das RWI mit einer prognostizierten Zunahme des realen BIP von 3,3 Prozent.

Mit dem Einbruch bei den Exporten geht der deutschen Konjunktur eine

wichtige Stütze verloren, die zumindest in den vergangenen Jahren die wirtschaftliche Entwicklung getragen hat.

Die Ausrüstungsinvestitionen legten im letzten Jahr kräftig zu und wuchsen mit einer zweistelligen Rate (10,1 Prozent gegenüber 1997). Diese Dynamik wird sich im laufenden und kommenden Jahr spürbar abschwächen. Ein entscheidender Grund für die sich verlangsamende Investitionskonjunktur sind die Einbrüche bei den Exporten und damit verbunden, die schlechteren Ertragsaussichten. Zusätzlich werden die Unternehmen durch die Steuerreform und die hohen Tariflohnabschlüsse dieses Jahres belastet, so daß ihre Gewinnerwartungen sich etwas verschlechtern werden. Mit der er-

warteten Belebung der Weltwirtschaft und einer Planungssicherheit über die entlastende Ausgestaltung der Steuerreform werden sich die Ertragsersparungen vermutlich wieder stabilisieren.

Bauinvestitionen schwach

In den alten Bundesländern wird es im Laufe des Jahres zu einer leichten Verbesserung in der Bauwirtschaft kommen, die insbesondere durch den Wohnungs- und Wirtschaftsbau angeregt wird. Neben den niedrigen Zinsen ist hierfür auch ausschlaggebend, daß die Angebotsüberhänge der letzten Jahre weitgehend abgebaut wurden sowie auch die verbesserte Lage bei den Auftragseingängen im Bauhauptgewerbe. Demgegenüber ist in den neuen Bundesländern im laufenden und nächsten Jahr nicht mit einer Bele-

In dieser Ausgabe

Kommt der Aufschwung im Jahr 2000?	1
Die voraussichtliche Lage in der EWU	3
ZEW-Finanzmarkttest: im April 1999	4
Monetäre Instrumente und die Absorption von Schocks vor der EWU	6
Deutscher Arbeitsmarkt braucht hohes Wirtschaftswachstum	8
Zahl der Hochqualifizierten nimmt zu	10
Unternehmensnahe Dienstleister: Aufschwung abgebremst	11
Italien: weiter gebremstes Wachstum	12

bung der Bautätigkeit zu rechnen. Hier bestehen noch beträchtliche Überhänge an Wohn- und Wirtschaftsbauten und auch die Auftragseingänge liegen mit Ausnahme der öffentlichen Bauten noch unter dem Niveau des Vorjahres.

Privater Verbrauch gestiegen

Als Stütze der konjunkturellen Entwicklung wird sich im laufenden und kommenden Jahr der private Verbrauch entwickeln, für den ein Zuwachs zwischen 2,5 und 3 Prozent in beiden Jahren erwartet wird, berücksichtigt man nur die aktuellsten Prognosen.

Die Argumente der Institute für die spürbare Erhöhung des privaten Verbrauchs beruhen auf den Entlastung der Lohnnebenkosten infolge der verringerten Sozialversicherungsbeiträge, auf der kräftigen Reallohnsteigerung im laufenden Jahr, auf den Wirkungen der Steuerreform sowie auf den Einkommenserhöhungen infolge erhöhter Freibeträge. Dämpfend wirken die zur Finanzierung der Einkommensteuer neu erhobenen Abgaben bzw. die Erhöhung der Steuern auf Mineralölprodukte, Gas und Strom.

Arbeitsmarktentwicklung weiterhin unerfreulich

Aktuelle Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit über die Arbeitslosigkeit im Monat April zeigen zwar einen Rückgang gegenüber dem Vormonat sowie gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat, aber mit etwa 4,15 Millionen Arbeitslosen bleibt der Arbeitsmarkt weiterhin unter

Anspannung. Die diesjährigen Tariflohnabschlüsse in einer Größenordnung von etwa 3 Prozent werden bei einer erwarteten Inflationsrate zwischen 0,8 und 1 Prozent im laufenden und kommenden Jahr die Realeinkommen der Arbeitnehmer kräftig erhöhen und zu einer Stärkung des privaten Verbrauchs beitragen. Andererseits aber belasten Ökosteuer und Tariflohnabschlüsse die Unternehmen mehr, als sie durch die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge entlastet werden. Zusätzlich führt die Neuregelung bei den 630 DM-Beschäftigungsverhältnissen und bei der „Scheinselbständigkeit“ zu Verunsicherungen bei den Unternehmen.

Aufholprozeß im Osten stockt

In den neuen Bundesländern ist der Anpassungsprozeß an die westdeutschen Lebensverhältnisse fast zum Stillstand gekommen. Für das laufende und nächste Jahr wird die Arbeitsproduktivität nur 60 Prozent des westdeutschen Niveaus erreichen. Positiv jedoch ist die beständige Abnahme der Lohnstückkosten (vgl. Tab. 1).

Preisentwicklung bleibt stabil

Der Preisindex für die Lebenshaltung wird im Jahr 1999 um weniger als ein Prozent steigen. Damit herrscht praktisch Preisniveaustabilität. Erst im kommenden Jahr kann es zu einer leichten Beschleunigung des Preisanstiegs in einer Größenordnung zwischen 1,5 und 2 Prozent kommen. Der Grund hierfür liegt einerseits in der sich wieder belebenden

Weltkonjunktur im Jahre 2000, der entsprechende Preiserhöhungsspielräume schafft. Andererseits kommen binnenwirtschaftliche Faktoren zum Tragen, die in Folge der Steuerreform und der Tariflohnabschlüsse zu einer Verteuerung der privaten Verbrauchsgüter führen wie z. B. die Verteuerung der Energieträger.

Ob es sich im laufenden Jahr nur um eine vorübergehende Schwächephase handelt und es im Jahre 2000 zu dem erwarteten Aufschwung kommt, hängt entscheidend von den Tarifvertragsparteien und vom Staat ab. War die diesjährige Tarifrunde ein „einmaliger Ausrutscher“, dann können die Lohnerhöhungen vielleicht ohne weitere schwerwiegende Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung hingenommen werden. Ist sie aber ein Indiz für eine sich verändernde Lohnpolitik, dann sind negative Folgen für die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft unvermeidlich. Diese beziehen sich nicht nur auf einen Beschäftigungsabbau, sondern auch auf deutlich verringerte Investitionen. Der Staat ist gefordert, mehr Transparenz in seine geplanten Steuer- und Sozialreformvorhaben zu bringen, um die Planungssicherheit der Wirtschaft zu erhöhen. Die Steuerreform muß zu einer deutlichen Entlastung der Unternehmen und der Haushaltseinkommen führen. Eine Finanzierung über die Erhöhung indirekter Steuern sollte dabei nur teilweise und sehr begrenzt genutzt werden. Erforderlich ist vielmehr eine Straffung und Senkung der Ausgaben sowie ein konsequenter Abbau von Subventionen.

Dr. Herbert S. Buscher, E-Mail: buscher@zew.de

Tabelle 2: Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 1998 und 1999

	Stat. BA	SVR	DIW	IfW	RWI	Commerzbank	GD	GD	IfW	RWI	Commerzbank
	1998	1999	1999	1999	1999	1999	1999	2000	2000	2000	2000
BIP, real	2,8	2,0	1,4	1,6	2,4	1,6	1,7	2,6	2,5	3,0	2,8
– Priv. Verbrauch	1,9	2,25	2,2	2,8	2,8	3,0	2,5	2,6	–	2,8	2,5
– Ausrüstungen	10,1	5,5	2,5	3,5	7,3	3,1	4,6	4,1	3,5	6,9	6,5
– Bauten	-4,3	0,75	-0,1	-0,6	0,4	0,5	-0,1	1,0	1,1	1,4	3,8
– Exporte	5,4	4,75	-1,1	0,0	3,3	1,8	1,0	4,7	5,5	6,0	6,7
– Importe	6,6	4,75	0,9	2,5	3,8	4,2	1,7	4,7	4,5	5,7	5,7
Erwerbstätige	0,0	0,25	-0,06	0,2	0,4	0,4	0,2	0,3	0,2	0,7	0,5
Arbeitslosenquote	11,2	10,8	10,9	10,6	10,5	10,5	10,6	9,9	10,1	9,6	10,2
Preisind. Lebenshaltung	0,9	1,5	1,2	0,4	0,8	0,8	0,7	1,5	1,5	1,7	2,0

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote alle Angaben als prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

GD : Gemeinschaftsdiagnose 1999; SVR: Jahresgutachten 1998/99, Nov. 98; DIW: Wochenbericht 1/1999; IfW: Kieler Konjunkturgespräch 23. März 99; RWI: Forschungsgruppe Konjunktur April 99; Commerzbank: Konjunkturdaten Deutschland 4/1999

Die voraussichtliche Lage in der EWU

■ Nach einem Anstieg des realen BIP auf 2,9 Prozent im vergangenen Jahr wird sich die wirtschaftliche Dynamik in der EWU aufgrund negativer Impulse aus dem internationalen Umfeld in diesem Jahr wieder abschwächen. Diese Entwicklung hat nun auch bisher kräftig expandierende Staaten wie Irland und Finnland und damit die gesamte Eurozone erfaßt.

Die Auswirkungen der Währungskrisen wurden lange unterschätzt und führten im letzten Quartal 1998 zu einem deutlichen Einbruch der Exportnachfrage. Die für 1999 prognostizierten niedrigen Zuwachsraten des Exports werden keinesfalls durch eine beschleunigte Binnennachfrage kompensiert werden. Vielmehr ist der Rückgang der Industrieproduktion höher ausgefallen als erwartet, so daß auch im kommenden Jahr die Investitionen kaum zunehmen werden. Gleichzeitig hat sich der private Verbrauch, der die Konjunktur bisher maßgeblich gestützt hatte, im letzten Quartal nicht mehr weiter verstärkt.

Trotz der Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung wird die Arbeitslosenquote leicht sinken. Dies ist u.a. auf öffentliche Beschäftigungsmaßnahmen und statistische Erhebungsmethoden zurückzuführen. Die Beschäftigung wird sich mit einem Prozent in einem ähnlichen Ausmaß wie im Vorjahr erhöhen. Da einschneidende Reformen von politischer Seite unterbleiben, ist nicht mit einer baldigen Wende auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen.

Anmerkungen zur Tabelle:

Angaben in Prozent gegenüber dem Vorjahr; Ausnahme: Arbeitslosenquote.

Quellen: EU11: Gemeinschaftsdiagnose 1999; Exporte, Importe, Erwerbstätige: IFW, Kiel; Niederlande: CPB, Den Haag; Spanien: La Caixa, Barcelona; Belgien: Federal Planning Bureau, Brüssel; Österreich: Wifo, Wien; Irland: ESRI, Dublin; Beschäftigung: Labour Force; Frankreich: INSEE, Paris; BIPE, Boulogne; Italien: ISTAT, Rom; Credito Italiano, Mailand; Finnland: ETLA, Helsinki; Portugal: OECD, Paris.

	EU11		Italien	
	1998	1999	1998	1999
BIP, real	2,9	2,1	1,4	1,7
– Privater Verbrauch	2,8	2,9	1,9	2,4
– Investitionen	4,0	3,0	3,5	3,5
– Exporte	6,0	1,4	1,3	2,3
– Importe	7,3	2,6	6,1	5,2
Verbraucherpreise	1,2	1,0	1,7	1,0
Arbeitslosenquote	11,5	11,0	12,3	12,2
Beschäftigung	1,3	0,7	-	-
	Spanien		Belgien	
	1998	1999	1998	1999
BIP, real	3,8	3,4	2,9	2,0
– Privater Verbrauch	3,8	3,9	3,6	2,4
– Investitionen	9,0	9,0	4,8	4,2
– Exporte	7,8	4,7	3,2	3,0
– Importe	10,6	8,5	5,1	4,0
Verbraucherpreise	1,4	1,9	1,3	1,2
Arbeitslosenquote	18,8	17,4	8,6	8,2
Beschäftigung	3,4	2,8	-	-
	Österreich		Irland	
	1998	1999	1998	1999
BIP, real	3,3	2,2	7,25	5,75
– Privater Verbrauch	1,8	2,0	6,6	7,5
– Investitionen	5,3	3,1	10,9	11,25
– Exporte	8,5	6,5	17,0	13,5
– Importe	8,3	6,5	16,0	15,75
Verbraucherpreise	1,0	0,7	2,5	2,0
Arbeitslosenquote	7,2	7,1	7,75	6,5
Beschäftigung	1,1	0,6	5,0	1,6
	Niederlande		Frankreich	
	1998	1999	1998	1999
BIP, real	3,25	2,0	3,1	2,3
– Privater Verbrauch	4,25	3,75	3,6	2,5
– Investitionen	4,25	0,25	3,9	4,2
– Exporte	6,5	1,75	6,8	3,8
– Importe	7,0	2,5	8,3	4,9
Verbraucherpreise	2,0	1,25	0,8	0,8
Arbeitslosenquote	5,25	4,75	11,7	11,3
Beschäftigung	3,0	1,75	1,5	0,9
	Finnland		Portugal	
	1998	1999	1998	1999
BIP, real	4,7	3,0	4,0	3,3
– Privater Verbrauch	4,5	3,5	3,6	3,3
– Investitionen	8,3	7,0	7,8	6,6
– Exporte	8,3	3,0	10,5	8,1
– Importe	8,9	6,0	10,0	8,5
Verbraucherpreise	1,4	1,0	2,7	2,3
Arbeitslosenquote	11,4	10,5	5,1	5,3
Beschäftigung	2,4	1,2	2,3	0,9

ZEW-Finanzmarkttest: Ergebnisse der Umfrage im April 1999

■ Der ZEW-Finanzmarkttest ist eine seit Dezember 1991 durchgeführte Umfrage, in der monatlich die im deutschen Finanzbereich vorherrschenden Erwartungen über die Entwicklung an sechs internationalen Finanzmärkten erhoben werden.

Insgesamt beteiligen sich rund 350 Unternehmen an dieser Umfrage, darunter 260 Banken, 60 Versicherungen und 30 Industrieunternehmen. Ange-

sprochen werden die Finanzexperten der Finanz-, Research- und volkswirtschaftlichen Abteilungen sowie der Anlage- und Wertpapierabteilungen dieser Unternehmen.

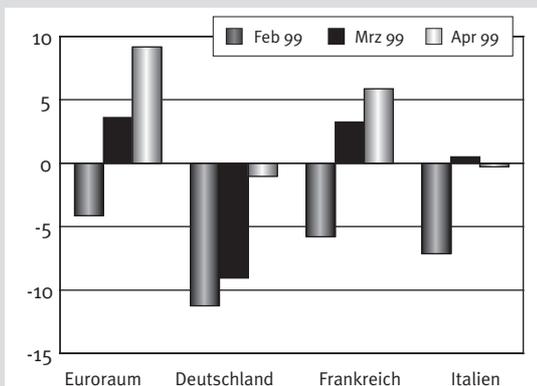
Im einzelnen werden die Finanzmarktexperten nach ihren mittelfristigen Erwartungen befragt, die sie für wichtige internationale Finanzmärkte hinsichtlich der Entwicklung der Konjunktur, der Inflationsrate, der kurz- und langfristi-

gen Zinsen, der Aktien- und der Wechselkurse haben. Auf den folgenden beiden Seiten werden die wichtigsten Ergebnisse der aktuellen Umfrage vom 2. - 19. April 1999 dargestellt, an der sich 285 Unternehmen beteiligten. Weitere Informationen sind in Form einer ZEW-Kurzinformation und des aktuellen ZEW-Finanzmarktreports Mai 1999 erhältlich. ◀

Andrea Szczesny,
E-Mail: szczesny@zew.de

Verbessertes Konjunkturklima im Euroraum

Konjunkturklima



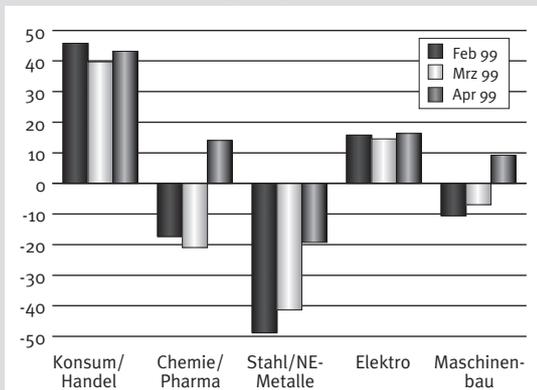
Mittelwert aus der Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage und den Erwartungen hinsichtlich der künftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

■ Für den Euroraum erwarten die Experten nun offensichtlich den lang ersehnten Wachstumsschub. Auch wenn der letzte Zinsschritt durch die Europäische Zentralbank erstaunlich hoch ausgefallen ist, kann dieser alleine aber nicht der Auslöser für den Stimmungsaufschwung gewesen sein. Begünstigend wirkt auch, daß die Ansteckungsgefahr durch Krisen an den internationalen Finanzmärkten nun langsam verschwunden zu sein scheint. Die Weltwirtschaft zeigt sich wieder in besserer Verfassung, was mit günstigeren Ex-

portchancen einhergeht. Allerdings wird die Zuversicht durch die wieder ungünstigeren Inflationssichten im Euroraum und vor allem in Deutschland belastet. Hier erwartet über die Hälfte der Experten einen Anstieg der Inflationsrate. Verstärkend wirken dabei die Diskussionen über eine Mehrwertsteuererhöhung und die preis erhöhenden Einflüsse der Ökosteuer. Auch langfristig werden höhere Preissteigerungen erwartet, denn eine zunehmende Zahl von Experten rechnet mit steigenden Zinsen am langen Ende. ◀

Deutschland: Konjunkturabhängige Branchen im Aufwind

Erwartete Ertragslage in den Branchen



Lesebeispiel: Im April 1999 erwarten per Saldo 14 Prozent der befragten Finanzexperten eine Verbesserung der Ertragslage im Sektor Chemie/Pharma.

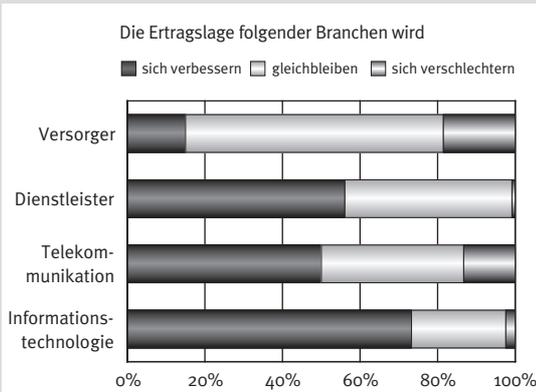
■ Die Bereiche Konsum und Handel werden derzeit von Fusionen geprägt. Der Branchenriese Walmart aus den USA belebt den Wettbewerb und beschleunigt durch seinen Expansionsdrang die Konzentrationswelle bei europäischen Handelsunternehmen. Nach Meinung der Experten kann das der Ertragslage der Unternehmen nicht schaden, 43 Prozent rechnen mittelfristig mit einer Verbesserung.

„Zyklischer“ heißt derzeit das Zauberwort der Börse. Die Erwartungen der Experten gehen in die glei-

che Richtung. Die Beurteilung von Branchen wie Maschinenbau oder Chemie haben per Saldo wieder das Vorzeichen gewechselt. Die Klagen in der Chemie dauern an. Aber mit der erwarteten Konjunkturbelebungen rechnen auch hier wieder 32 Prozent der befragten Finanzfachleute mit Aufwind. Selbst die in der Vergangenheit mit Sorge betrachtete Stahlbranche wird wieder besser beurteilt. Im März erwarteten fast 50 Prozent der Fachleute eine Verschlechterung, jetzt sind es nur noch 37 Prozent. ◀

Neue Branchen im Finanzmarkttest

Erwartete Ertragslage in den Branchen



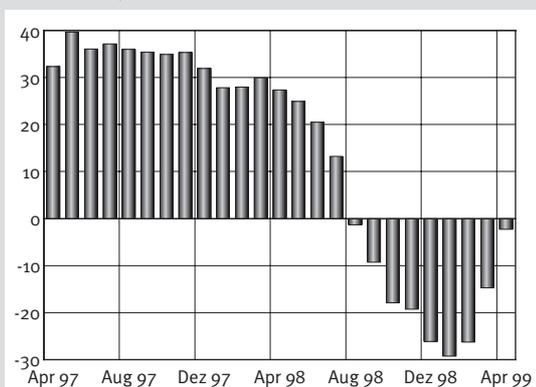
Lesebeispiel: Im April 1999 erwarten 73 Prozent der befragten Finanzexperten eine Verbesserung der Ertragslage in der Informationstechnologie.

■ In der Aprilumfrage wurde die Zahl der zu beurteilenden Branchen im ZEW-Finanzmarkttest um weitere vier Sektoren ergänzt. Zum einen sind dies die Sektoren der Versorger und Dienstleister, zum anderen die aufstrebenden Branchen Telekommunikation und Informationstechnologie. Die Branchen Konsum und Handel wurden im gleichen Zug zu einem Sektor Konsum/Handel zusammengefaßt. Die Ertragslage der Versorger wird nach Meinung von mehr als zwei Dritteln der im ZEW-Finanzmarkttest befragten Fachleute un-

verändert bleiben. Den Dienstleistern wird von der Mehrheit der Experten eine weiterhin gute Entwicklung vorausgesagt. Allerdings zeigte die Dienstleistungsumfrage des ZEW, daß die unternehmensnahen Dienstleister derzeit unter zurückgehenden Auftragseingängen aus dem Verarbeitenden Gewerbe leiden und ihre Wachstumsaussichten etwas nach unten korrigiert haben. Der „High-Flyer“ unter den neuen Branchen ist die Informationstechnologie. 73 Prozent der Experten glauben an eine Fortsetzung des Booms. ◀

Großbritannien: Zinsimpulse bisher noch ohne größere Wirkung

Konjunkturklima Großbritannien



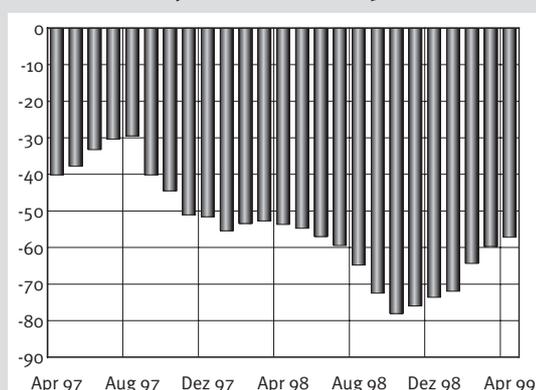
Mittelwert aus der Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage und den Erwartungen hinsichtlich der künftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

■ Die Einschätzung der künftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Großbritannien steht unter dem Eindruck einer weiteren Zinssenkung. Allerdings nehmen nur zwölf Prozent der Experten an, daß diese greifen und für eine verbesserte gesamtwirtschaftliche Lage sorgen wird. Insgesamt aber hat sich das Klima etwas verbessert. Zu Beginn des Jahres rechnete noch die Hälfte der Experten mit einer Verschlechterung, nun sind es gerade noch 13 Prozent. Per Saldo ergibt sich ein Konjunkturklima von -2,3 Prozent-

punkten. Auch der Aktienindex FTSE-100 wird sich nach Ansicht der Befragten positiver entwickeln. Trotzdem herrscht weiterhin kein Optimismus. Fast die Hälfte der Experten erwartet eine Seitwärtsbewegung. Im Juli sollte der Index nach Meinung der Marktkenner einen Stand von 6.600 erreichen, wobei aber auch eine Abschwächung auf 6.300 Punkte im Bereich des Möglichen liegt. Das Pfund könnte nach Meinung der Befragten auf einen Kurs von 0,70 Pfund/Euro steigen. ◀

Japan: Ansätze zur Besserung durch Konjunkturprogramm

Konjunkturklima Japan



Mittelwert aus der Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage und den Erwartungen hinsichtlich der künftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

■ Das Stimmungsbarometer Tankan zeigt, daß die japanischen Unternehmen ihre finanzielle Situation wieder weniger negativ beurteilen als in den zurückliegenden Jahren. Allerdings sind gerade jene Bereiche zuversichtlicher, die derzeit am stärksten vom Konjunkturprogramm profitieren, wie beispielsweise die Baubranche. Um die Wirtschaft nachhaltig zu stimulieren, müßten indessen die Verbraucher mehr konsumieren. Dies ist angesichts von Arbeitslosigkeit und gesunkenen Einkommen nicht sehr wahrscheinlich. Die Finanz-

experten sind trotzdem zuversichtlich. Fast 60 Prozent der Befragten erwarten eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage im nächsten halben Jahr. Das sind 30 Prozentpunkte mehr als noch vor zwei Monaten. Da die derzeitige Situation von 98 Prozent der Befragten als schlecht bezeichnet wird, ergibt sich ein Konjunkturklima von -57 Prozentpunkten. Nach Meinung der Marktkenner könnte der Aktienindex Nikkei wieder kräftig zunehmen. Allerdings reicht die Bandbreite der Prognosen von 16.700 bis fast 20.800 Punkten. ◀

Beiträge zur gesamtwirtschaftlichen Forschung

Monetäre Instrumente und die Absorption von Schocks vor der EWU

Im Rahmen der Theorie Optimaler Währungsräume stellen flexible Wechselkurse und eine autonome nationale Zinspolitik Anpassungsinstrumente dar, die asymmetrische ökonomische Entwicklungen zwischen verschiedenen Ländern ausgleichen können. Sie können als Schockabsorber dienen und bewahren z.B. die Arbeitsmärkte davor, die gesamte Anpassungslast alleine zu tragen. Da diese beiden monetären Instrumente in der EWU wegfallen, muß entsprechend der Theorie Optimaler Währungsräume die Funktionsfähigkeit alternativer Anpassungsinstrumente gewährleistet sein, damit asymmetrisch wirkende Schocks abgefedert werden können.

■ Insbesondere von Skeptikern der EWU, die dem Verlust der monetären Instrumente auf nationaler Ebene große Bedeutung beimessen, wird daher die Funktionsfähigkeit der EWU in Frage gestellt. Sie befürchten, daß bei zukünftig auftretenden asymmetrisch wirkenden Schocks die ungleichgewichtigen Entwicklungen zwischen Volkswirtschaften nicht ausgeglichen werden können. Welche Auswirkungen der Wegfall der beiden Anpassungsinstrumente haben kann, wird jedoch durch unterschiedliche Faktoren bestimmt.

Zum einen hängt dies von der Wahrscheinlichkeit asymmetrischer Schocks in der EWU ab. Je synchroner die nationalen Konjunkturverläufe, desto geringer ist der Anpassungsbedarf durch wirtschaftspolitische Instrumente oder durch Marktmechanismen. Der Anpassungsbedarf kann in der EWU zusätzlich abnehmen, wenn sich reale Strukturen in den einzelnen Volkswirtschaften angleichen. Je ähnlicher die Volkswirtschaften, desto gleichmäßiger werden sie von auftretenden Schocks getroffen. Meist handelt es sich hierbei um bestimmte Sektoren, die direkt einzelnen Veränderungen wie Produktivitäts- oder Kostenänderungen ausgesetzt sind. Bei ähnlicher sektoraler Struktur sind alle Länder im gleichen Ausmaß betroffen. Der Schock ist somit symmetrischer Art und nicht länderspezifisch. Eine gemeinsame Politik der EWU-Staaten kann versuchen, ihn zu dämpfen. Wird die Struktur der europäischen Volkswirtschaften also durch die Währungsunion und die weitere Handelsintensivierung ähnlicher, so ist mit einem Sinken der Wahr-

scheinlichkeit asymmetrischer Schocks zu rechnen.

Zum zweiten hängt die Bedeutung des Wegfalls der monetären Instrumente davon ab, welche anderen Anpassungsinstrumente oder -mechanismen existieren, die im Fall asymmetrischer Schocks effizient zu einem Ausgleich führen können. Zu diesen alternativen Instrumenten zählen Lohn- und Preisflexibilität, Finanztransfers innerhalb der EWU sowie die Mobilität von Produktionsfaktoren wie Arbeitskräfte oder Kapital.

Wichtig ist jedoch, inwieweit unabhängige nationale Zinsen und Wechselkurse in der Vergangenheit wirklich dazu beitragen konnten, divergierende wirtschaftliche Entwicklungen auszugleichen. Mit diesem dritten Faktor der Bedeutung des Wegfalls von monetären nationalen Instrumenten hat sich die im folgenden dargestellte Untersuchung des ZEW im Auftrag der Deutschen Poststiftung befaßt.

Tatsächliche Wirkung der monetären Instrumente

In der Studie wurde der Beitrag untersucht, den die monetären Instrumente für die Annäherung des Konjunkturverlaufs sowie der Arbeitsmarktentwicklung von Deutschland im Vergleich zu fünf anderen EU-Ländern leisten konnten. Während Zinssenkungen stimulierend auf Investitionen wirken und damit Produktionsausdehnungen und Beschäftigungssteigerungen hervorrufen können, wirken Wechselkursänderungen zunächst über den Exportkanal. Die Abwertung der inländischen Währung senkt die Exportpreise. Dies kann ebenso mit den

eben genannten positiven Effekten verbunden sein, solange nicht Preis- oder Lohnsteigerungen entgegen wirken. Genauso kann eine Preis- oder Lohnflexibilität aber auch dazu beitragen, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert wird. In diesem Sinne kann Lohnflexibilität ein durchaus alternativer Anpassungsmechanismus zu flexiblen Wechselkursen sein.

Betrachtet wurden neben Deutschland als Referenzland Österreich und die Niederlande als enge und Frankreich als weiteres Kernland. Italien und Großbritannien sind Beispiele für Peripherie- bzw. unabhängige Länder. Da sich die Kernländer in der EU bereits stark angenähert haben, weisen sie einen generell geringeren Bedarf an Anpassungsinstrumenten auf.

Um die möglichen stabilisierenden Effekte von nominalen Abwertungen und national isolierter Zinspolitik zu betrachten, analysiert die Studie, wie die Änderung bilateraler Wechselkurse und Zinsdifferenziale auf Wachstums- und Arbeitslosenratendifferenziale wirkte. Der Verlauf der nominalen und realen Variablen der fünf repräsentativen europäischen Länder steht dabei im Verhältnis zu den deutschen Variablen.

Ökonometrisch wurde in Kleinstquadratschätzungen untersucht, ob Veränderungen der Wechselkurse und der Zinsdifferenziale (diese stehen für einen Einsatz bzw. eine marktbedingte Reaktion der nominalen Variablen) eine Verminderung der Differenziale der realen Variablen bewirkten. Eine solche Verminderung der Wachstums- und Arbeitslosenratendifferenziale tritt dann ein, wenn die monetären

ren Instrumente tatsächlich asymmetrischen Entwicklungen der realen Variablen gegensteuern können, also eine konvergierende Wirkung haben.

Die empirischen Analysen erfolgten für den Zeitraum zwischen 1974 und 1996. Das ist die Zeitperiode mit grundsätzlich flexiblen und damit gegebenenfalls anpassungsfähigen Wechselkursen, vor der durch die Konvergenzkriterien stark eingeschränkten Wechselkursflexibilität in den letzten beiden Jahren vor dem Übergang in die EWU. Durch die Bildung von adäquaten Subperioden wird dabei den Brüchen im Verlauf der monetären Variablen innerhalb des gesamten Zeitraums Rechnung getragen.

Differenzierte Ergebnisse

Als Resultat zeichnet die ZEW-Studie ein durchaus differenziertes Bild, was die Effekte der nationalen Zins- und Wechselkurspolitiken auf den Ausgleich divergierender wirtschaftlicher Entwicklungen zu Deutschland anbelangt.

Zwischen Deutschland und Italien konnten die Zinsänderungen bis 1991 die Konvergenz der Arbeitsmarktentwicklung und ab 1992 der Wachstumsentwicklung erhöhen. Die Änderung der nominalen Wechselkurse verstärkte jedoch in den 80er und 90er Jahren eher Divergenzen in der Arbeitsmarktentwicklung Deutschlands und Italiens und wirkte im gleichen Zeitraum hin auf eine Angleichung der deutschen und italienischen Wachstumsraten. In Großbritannien konnten beide monetären Instrumente über den gesamten Zeitraum hinweg sogar auf beiden Märkten asymmetrische Entwicklungen ausgleichen.

Für Italien und insbesondere für Großbritannien ergibt sich also mit dem Eintritt in eine Währungsunion die Notwendigkeit, daß alternative Instrumente stärker oder effizienter als bisher agieren müssen, um asymmetrische Entwicklungen auszugleichen. Großbritannien nimmt an der Währungsunion derzeit aber noch nicht teil. Und im Fall Italiens ist der Wegfall der nominalen Instrumente nicht nur als Verlust zu bewerten, da von den nominalen Wechselkursänderungen auch ein teils schädlicher, Asymmetrien verstärkender Effekt ausgeht.

Der andere Extremfall sind die Niederlande, wo keines der beiden monetären Instrumente einen Beitrag zur Abfederung von Schocks im gesamten Zeitraum

geleistet hat. Im Falle Österreichs zeigt sich, daß die Zinsänderung bis 1983 positiv auf die Anpassung sowohl auf den Arbeitsmärkten als auch auf den Gütermärkten wirken konnte. Mitte der 80er Jahre verstärkten Zinsänderungen kurzzeitig eher divergierende Entwicklungen zu Deutschland. Ebenso wirkten die nominalen Wechselkursänderungen bis Mitte der 80er Jahre eher negativ. Keines der beiden Instrumente wurde aber seit der Mitte der 80er Jahre eingesetzt, um eine Annäherung der Wachstums- oder Arbeitsmarktentwicklung an diejenige Deutschlands zu erreichen.

Dies bedeutet, daß sich mit dem Eintritt in die EWU für Deutschland, Österreich und die Niederlande kein Ersatzbedarf im Hinblick auf andere Instrumente ergibt. Bereits in den vergangenen Jahren leisteten hier die monetären Anpassungsmechanismen keinen Beitrag mehr zu einer Konvergenz in der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder. Die Ausgleichsinstrumente wurden entweder substituiert oder waren, aufgrund einer stärker symmetrischen Entwicklung der Volkswirtschaften, nicht mehr nötig.

Im Fall Frankreichs ist dies anders. Zinsveränderungen zeigten bis 1996 einen geringen konvergierenden Effekt für die Arbeitsmärkte Deutschlands und Frankreichs, nominale Wechselkursanpassungen sogar für beide Märkte. Möglicherweise kann dies aber auch auf die verschiedenen notwendigen Wechselkursanpassungen während der Währungskrisen zu Beginn der 90er Jahre zurückzuführen sein.

In diesen Schätzungen ergibt sich, daß die Zinsvariable, sofern sie einen Einfluß hatte, ausgleichend wirkte. Für das Wechselkursinstrument ergeben sich unterschiedliche Ergebnisse, je nach Zeitraum und nach betrachtetem Land. Insgesamt gesehen sind die Effekte der Zinsvariablen stärker als die der Wechselkursvariablen. Außerdem sind die Wirkungen auf

Empirische Ergebnisse

Zeitraum	Änderung des Zinsratendifferentials wirkt auf:	Nominale Wechselkursänderung wirkt auf:
	Deutschland – Niederlande: Wachstumsraten und Arbeitslosenraten insignifikant im gesamten Zeitraum	
1975 – 83 1984 – 88 1989 – 96	Deutschland – Österreich: Wachstumsraten Annähernd insignifikant insignifikant	Divergierend insignifikant insignifikant
1975 – 83 1984 – 88 1989 – 96	Deutschland – Österreich: Arbeitslosenraten Annähernd Divergierend insignifikant	Divergierend Divergierend insignifikant
1976 – 83 1984 – 96	Deutschland – Frankreich: Wachstumsraten Annähernd insignifikant	Annähernd Annähernd
1976 – 83 1984 – 96	Deutschland – Frankreich: Arbeitslosenraten Annähernd Annähernd	k. W. Annähernd
1974 – 81 1982 – 91 1992 – 96	Deutschland – Italien: Wachstumsraten insignifikant insignifikant Annähernd	insignifikant Annähernd Annähernd
1974 – 81 1982 – 91 1992 – 95	Deutschland – Italien: Arbeitslosenraten Annähernd Annähernd insignifikant	insignifikant Divergierend Divergierend
1976 – 96	Deutschland – UK: Wachstumsraten Annähernd	Annähernd
1976 – 96	Deutschland – UK: Arbeitslosenraten Annähernd	Annähernd

den Gütermärkten stärker und schneller als auf den Arbeitsmärkten.

Obwohl die Untersuchung gezeigt hat, daß die monetären Instrumente einen Beitrag leisten konnten, wirkten sie nur in Großbritannien uneingeschränkt. Bereits in Italien ist ihre Wirkung nur als teilweise positiv zu bezeichnen. Insgesamt ist ihr Beitrag zu einem Ausgleich von unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen in seinem Ausmaß als eher gering einzustufen und zeigt damit wenig Grund zur Besorgnis. Da die monetären Variablen insbesondere seit Mitte der 80er Jahre in einigen Ländern sogar weitestgehend fixiert bzw. parallel zur deutschen Variable verliefen, ergibt sich für diese Länder durch den Wegfall der monetären Instrumente keine Änderung des bestehenden Anpassungsbedarfs. Dies heißt jedoch nicht, daß seit dem Beginn der EWU nicht andere Anpassungsmechanismen wie Arbeitsmarktflexibilität stärker agieren müssen, wenn strukturelle Veränderungen stärker zu Buche schlagen.

Claudia Müller, E-Mail: mueller@zew.de

Deutscher Arbeitsmarkt braucht hohes Wirtschaftswachstum

In Deutschland löste das relativ hohe Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den neunziger Jahren kaum positive Beschäftigungsimpulse aus. Um die Beschäftigung zu halten, ist hierzulande deshalb gerade in den letzten Jahren ein sehr hohes Wirtschaftswachstum notwendig gewesen.

■ Die konjunkturelle Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, die in einer Volkswirtschaft notwendig wäre, um die Beschäftigung konstant zu halten, wird Beschäftigungsschwelle genannt.

In einer neuen Studie des ZEW wird die Beschäftigungsschwelle in vier Industrieländern zusätzlich zum Durchschnittswert für lange Perioden auch für einzelne Jahre berechnet. Diese Vorgehensweise hat einen entscheidenden Vorteil: Aus der dynamischen Beschäftigungsschwelle wird für beliebige Jahre das Wirtschaftswachstum ersichtlich, das jeweils für eine Stabilisierung der Beschäftigung notwendig ist, und es kann mit der tatsächlichen Veränderung des BIP in den entsprechenden Jahren verglichen werden.

Die üblicherweise präsentierten durchschnittlichen Beschäftigungsschwellen verdecken beispielsweise, daß in Westdeutschland die Beschäftigungsschwelle in den neunziger Jahren ausgehend von einem hohen Niveau weiter gestiegen ist. Die durchschnittliche Beschäftigungsschwelle ist in der Tabelle für den gesamten betrachteten Zeitraum 1976 bis 1996 und für einige Unterzeiträume aufgelistet. Sie betrug in Deutschland 1,61 Prozent konjunkturelle Steigerung des BIP und lag in Großbritannien etwas höher als in Deutschland, während sie in den Vereinigten Staaten und in den Niederlanden bei nahe Null lag. Aus den dynamischen Beschäftigungsschwellen läßt sich im Gegensatz zu den durchschnittlichen Werten deutlich erkennen, daß im Vergleich zu den anderen Ländern in Deutschland in den letzten Jahren zur Stabilisierung oder Erhöhung der Beschäftigung höhere Zuwachsraten des BIP erforderlich waren (siehe Grafiken Seite 9).

In Westdeutschland fiel die Beschäftigungsschwelle direkt nach der ersten Ölkrise im Jahr 1976 von knapp fünf Prozent auf etwa Null im Jahr 1980. Anschließend

ließ die zweite Ölkrise die Schwelle auf mehr als drei Prozent im Jahr 1983 ansteigen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die deutsche Wirtschaft in diesen Jahren

versuchte, durch Rationalisierungsmaßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und somit ein kräftiges Wachstum des BIP vor allem die Arbeitsproduk-

Wie berechnet man die dynamische Beschäftigungsschwelle?

Die Beschäftigungsschwelle ist eng mit der Fragestellung verbunden, welche Beschäftigungsimpulse durch die Zunahme des BIP ausgelöst werden. Wir beobachten, daß im Regelfall die Beschäftigung mit dem BIP wächst. Allerdings führt häufig eine relativ geringe Steigerung des BIP noch zu keiner Erhöhung der Beschäftigung. Dies konnte zum Beispiel in den letzten Jahren in Deutschland beobachtet werden. Ein Wirtschaftswachstum ohne Beschäftigungsimpulse kann darauf zurückgeführt werden, daß das Bruttoinlandsprodukt einem langfristig positiven Trend folgt, der wesentlich durch die Wachstumsrate der Produktivität von Arbeit und Kapital bestimmt ist. Solange in einem bestimmten Jahr das Wachstum des BIP nicht oberhalb dieses langfristigen Trends liegt, gehen von ihm keine Impulse für zusätzliche Beschäftigung aus. Der langfristige Trend wird häufig auch als Potential des BIP bezeichnet. Da auch die Beschäftigung zyklischen Wellen folgt und somit die Beschäftigung im Durchschnitt einige Quartale hintereinander entweder fällt oder steigt, läßt sich ebenso ein langfristiger Trend bzw. ein Potential für die Beschäftigung bestimmen. Dieses zyklische Verhalten der Beschäftigung ist darauf zurückzuführen, daß Entlassungen und Einstellungen schubweise erfolgen.

Die Beschäftigungsschwelle zeigt die konjunkturelle Zunahme des BIP oberhalb des Potentialwertes des BIP in jedem Jahr, das notwendig wäre, um die Beschäftigung auf ihrem Potentialwert zu stabilisieren. Wie wird sie formal berechnet? Zuerst wird ein linearer Zusammenhang zwischen der Abweichung des BIP von seinem Potentialwert und der Abweichung der Beschäftigung von ihrem Potentialwert unterstellt. Dann wird eine Schätzgleichung aufgestellt, in der die Beschäftigungsabweichung mittels einer Regression durch die BIP-Abweichung erklärt wird (möglicherweise ergänzt um verzögerte endogene oder exogene Variable):

$$e_t - e_t^n = \sum_{i=1}^k \delta_{1i} (e_{t-i} - e_{t-i}^n) + \sum_{i=0}^k \delta_{2i} (y_{t-i} - y_{t-i}^n) + \varepsilon_t,$$

wobei hier e_t die Beschäftigung, y_t das BIP und ε_t der Störterm ist, während das hochgestellte n den jeweiligen Potentialwert angibt. Aus der Regressionsgleichung mit den geschätzten Parametern δ_{ij} werden bei allen Variablen zeitliche Differenzen gebildet und die Schätzgleichung nach der BIP-Differenz des betrachteten Jahres aufgelöst:

$$\Delta y_t = \Delta y_t^n - \frac{1}{\delta_{20}} (\Delta e_t^n + \Delta \varepsilon_t).$$

Diese Gleichung für die dynamische Beschäftigungsschwelle kann ebenfalls durch verzögerte Variablen ergänzt werden.

tivität erhöhte, die Beschäftigung jedoch stagnierte bzw. sogar abnahm. Der (mit Ausnahme der Jahre 1986-1988) abnehmende Verlauf der Schwelle in der lang anhaltenden Boomphase der achtziger Jahre wurde durch die Belastungen des Arbeitsmarkts im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung beendet. Auch die Periode seit 1991 ist durch Rationalisierungsbestrebungen vor allem in der deutschen verarbeitenden Industrie geprägt, die so verlorene Wettbewerbsvorteile zurückzuerlangen versucht. Seit dem Jahr 1990 stieg die Beschäftigungsschwelle wieder deutlich an und erreichte im Jahr 1997 einen Wert von mehr als drei Prozent.

Internationaler Vergleich

Ein ähnliches konjunkturelles Muster zeigt die Beschäftigungsschwelle der Vereinigten Staaten: In Rezessionszeiten steigt die Beschäftigungsschwelle und sinkt wieder in Phasen der konjunkturellen Erholung. Allerdings liegt das Niveau der US-amerikanischen Schwelle deutlich unter dem deutschen Niveau, und auch die konjunkturellen Schwankungen sind erheblich geringer.

Die Beschäftigungsschwelle der Niederlande verlief von Mitte der achtziger Jahre bis Mitte der neunziger Jahre sogar häufig im negativen Bereich, stieg aller-

Durchschnittliche Beschäftigungsschwellen im internationalen Vergleich

Zeitraum	D (West)	USA	NL	GB
1976-1996	1,61	0,57	0,32	2,13
1976-1980	2,2	0,45	2,07	2,19
1981-1990	1,15	0,67	0,12	2,36
1991-1996	1,85	0,5	-1,01	1,68

dings in den vergangenen Jahren an. Eine auch in den Niederlanden nur sehr kurzfristig zu beobachtende signifikant negative Beschäftigungsschwelle bedeutet, daß ein Anstieg der Beschäftigung bereits bei einer leichten Schrumpfung der Wirtschaftsleistung erreicht werden kann. Dies ist in den Niederlanden unter anderem darauf zurückzuführen, daß seit Mitte der achtziger Jahre vor allem sogenannte flexible Stellen geschaffen wurden, d. h. Teilzeitarbeit, befristete Stellen und staatlich subventionierte Niedriglohnjobs. Die einschneidenden politischen und wirtschaftlichen Reformen im Nachbarland seit dem Jahr 1983 machten sich auch in der deutlich gesunkenen Beschäftigungsschwelle bemerkbar.

Die dynamische Beschäftigungsschwelle in Großbritannien bewegte sich fast ausschließlich im positiven Bereich und erreichte ihre maximalen Werte

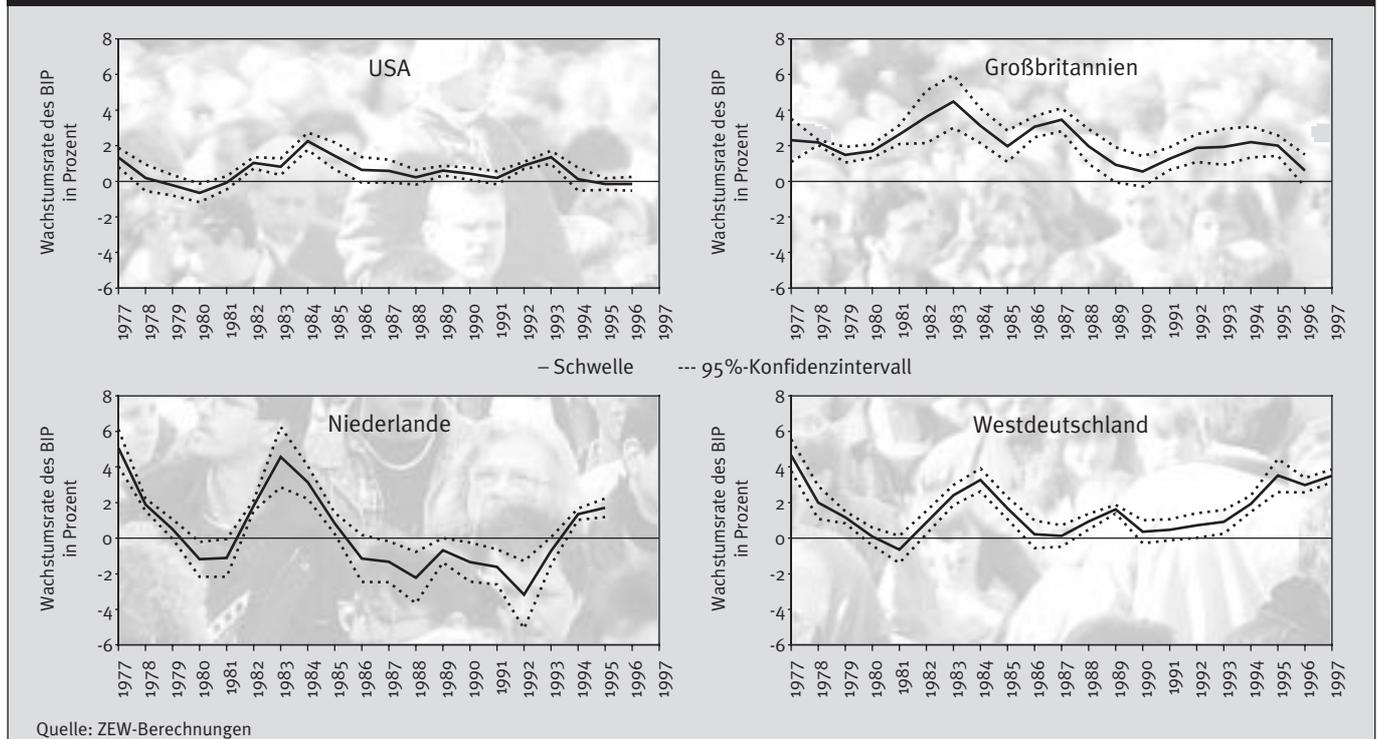
in den Krisenjahren 1983 und 1987 sowie in der Phase der Rezession von 1991 bis 1994.

Welche wirtschaftspolitischen Konsequenzen können aus den dynamischen Beschäftigungsschwellen im internationalen Vergleich abgeleitet werden? Wichtigen Handelspartnern der Bundesrepublik ist es in den vergangenen Jahren gelungen, das Wirtschaftswachstum, das für eine Stabilisierung oder sogar Erhöhung der Beschäftigung notwendig ist, zu senken bzw. niedrig zu halten. Demgegenüber stieg die Beschäftigungsschwelle in Westdeutschland seit der Wiedervereinigung spürbar an.

Nimmt man die immer noch durch strukturelle Anpassungen geprägte ostdeutsche Wirtschaft hinzu, verschlechtert sich die gesamtdeutsche Position im internationalen Vergleich weiter. Somit können aus kurzfristigen Steigerungen des BIP im Moment kaum Impulse für die Beschäftigung in Deutschland erwartet werden. Vielmehr erscheinen gerade diejenigen langfristigen strukturellen Reformen in den Bereichen Staatsfinanzen, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und Sozialpartnerschaften bei den Tarifverhandlungen erfolgversprechend, die in den Vergleichsländern zu sinkenden Beschäftigungsschwellen geführt haben.

Dr. Thomas Zwick, E-Mail: zwick@zew.de

Dynamische Beschäftigungsschwellen im internationalen Vergleich



Zahl der Hochqualifizierten nimmt zu

Der Anteil der Höherqualifizierten an den Erwerbstätigen in den EU-Staaten ist in den 90er Jahren deutlich gewachsen. Setzt sich dieser Trend fort, so wird bereits 2002 jeder fünfte Erwerbstätige in Deutschland einen Hochschulabschluß haben. Ein bedeutender Faktor für die zunehmende Nachfrage nach bestens qualifizierten Mitarbeitern ist die anhaltende Expansion der wissensintensiven Bereiche in den Volkswirtschaften.

■ Der Trend zur höheren Qualifikation ist unaufhaltsam. Verfügt in den alten Bundesländern 1991 nur 11,7 Prozent der Erwerbstätigen über einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluß, so waren es 1998 bereits 16 Prozent. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme bei der Anzahl erwerbstätiger Hochqualifizierten im alten Bundesgebiet von fünfeinhalb Prozent. Damit geht ein Anstieg der Hochqualifiziertenquote um fast fünf Prozent jährlich einher. Im Vergleich zu den 80er Jahren, als dieser Zuwachs der Hochqualifiziertenquote jährlich nur drei Prozent betragen hatte, hat sich der Trend zur Höherqualifizierung somit merklich beschleunigt. Wenn diese Entwicklung anhält, so wird im Jahre 2002 voraussichtlich jeder fünfte Erwerbstätige einen Hochschulabschluß haben.

Die Wissensintensivierung ist ein weltweites Phänomen. Aufgrund der unterschiedlichen Bildungssysteme (z.B. unterschiedliche Regelstudienzeiten) in den einzelnen Staaten sind Hochschulabschlüsse und damit auch der Anteil der Hochqualifizierten an den Erwerbstätigen zwar nur schwer vergleichbar, trotzdem zeigt sich beispielsweise auch in Frankreich, den Niederlanden und Belgien ein Anstieg der Hochqualifiziertenquote von drei bis vier Prozent im Jahr. Der Anstieg ist somit nur geringfügig schwächer ausgeprägt als in Deutschland.

Verschiebung der Qualifikationsstruktur

Der wesentliche Grund für die Verschiebung der Qualifikationsstruktur bei der erwerbstätigen Bevölkerung in Deutschland in den 90er Jahren ist die starke Zunahme der Hochschulabsolventen. In geringem Maß dürfte die Verschiebung der Qualifikationsstruktur durch die Abnahme der Erwerbstätigen in Folge des erheblichen Abbaus bei den Arbeitsplätzen für schlechterausgebildete Erwerbstätige verursacht sein. Die

entsprechenden Zahlenwerte machen dies deutlich. Während die Zahl der Ungelernten im Zeitraum von 1991 bis 1998 um 1,5 Millionen zurückgegangen ist, hat sich die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt im früheren Bundesgebiet von 1992 bis 1995 nur um 0,6 Millionen vermindert und ist seitdem sogar konstant geblieben. Ein Großteil der aus der Erwerbstätigkeit ausgeschiedenen Ungelernten sind entweder arbeitslos oder in den Vorruhestand eingetreten.

Die vorab angesprochene und im Vergleich zu Deutschland geringere Zunahme der Hochqualifiziertenquote in Frankreich, Belgien und den Niederlanden erklärt sich ebenfalls aus der Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen. Diese waren im Gegensatz zu Deutschland, wo sie in der ersten Hälfte der 90er Jahre abgenommen hatten, in Frankreich und Belgien konstant geblieben und hatten in den Niederlanden sogar kräftig zugelegt.

Vielschichtige Ursachen

Die Gründe dafür, daß sich am Arbeitsmarkt zunehmend die höhere Qualifikation durchsetzt, während die Arbeitsmöglichkeiten für Ungelernte weiter schwinden, sind vielschichtig. Zum einen trägt hierzu sicher bei, daß dem Arbeitsmarkt ein wachsendes Angebot an besser ausgebildeten Arbeitskräften zur Verfügung steht. Während somit besser ausgebildete junge Jahrgänge in den Arbeitsmarkt integriert werden, scheiden ältere und weniger gut ausgebildete Jahrgänge aus. Diese Entwicklung geht Hand in Hand mit der steigenden Nachfrage der Unternehmen nach Hochschulabsolventen, die unter anderem durch den immer stärkeren Einsatz von Iuk-Technologien in Form von Computer-Hard- und Software sowie von Telekommunikationstechnik in allen Bereichen der Wirtschaft bewirkt wird. Darüber hinaus scheinen auch Konjunkturerinbrüche das Qualifikationsgefüge der Erwerbstätigen zu beeinflussen. So ent-

lassen Firmen in einer Rezessionsphase zuerst Arbeitskräfte mit geringer Qualifikation, während sie höher qualifizierte Arbeitskräfte erst einmal zu halten versuchen. In einer Aufschwungphase konzentrieren sich Neueinstellungen zuerst auf qualifizierte Arbeitskräfte.

Expansion der wissensintensiven Bereiche

Auf der Ebene der Unternehmen läßt sich beobachten, daß die Nachfrage nach Hochschulabsolventen insbesondere aus den expandierenden wissensintensiven Bereichen der Volkswirtschaft kommt. Hierzu zählen vor allem die unternehmensbezogenen Dienstleister wie Unternehmensberatungen, Ingenieur- und Architekturbüros, Datenverarbeitungs- und Softwareunternehmen. Demgegenüber verlieren arbeitsintensive Bereiche der Volkswirtschaft wie etwa das Baugewerbe oder die Textil- und Bekleidungsbranche immer mehr an Bedeutung.

Analysen auf Basis des Mikrozensus in Deutschland zeigen, daß sich in den 90er Jahren immerhin fast 30 Prozent der zunehmenden Nachfrage nach Hochschulabsolventen in der Gesamtwirtschaft auf den wachsenden Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen zurückführen läßt. Im Bereich Datenverarbeitung und Software liegt der Anteil der Hochschulabsolventen an den Beschäftigten mittlerweile sogar schon bei über 40 Prozent. Neben dem Niveau der Wissensintensität spielen für die Höhe des Anteils an Hochschulabsolventen in einem Unternehmen aber auch die Stärke von dessen Exportorientierung sowie der FuE-Aktivitäten und die Firmengröße eine beachtliche Rolle. Beispielsweise liegt bei FuE-treibenden Dienstleistungsunternehmen der Anteil der Hochschulabsolventen je nach Sektor um zehn Prozentpunkte höher als bei den nicht FuE-treibenden Dienstleistungsunternehmen.

Martin Falk, E-Mail: falk@zew.de

Unternehmensnahe Dienstleister: Aufschwung abgebremst

Die konjunkturelle Lage bei den unternehmensnahen Dienstleistern hat sich deutlich abgekühlt. Der Service Sentiment Indicator (SSI), ein Konjunkturindikator für den Wirtschaftszweig unternehmensnahe Dienstleistungen, ist im ersten Quartal 1999 um vier Punkte gesunken und notiert nun bei 14 Punkten. Nur im dritten Quartal 1995 war der SSI bisher derart deutlich gesunken. Das seit Mitte 1996 anhaltende Wachstum bei den unternehmensnahen Dienstleistern hat sich somit stark abgeschwächt.

■ Im vierten Quartal 1998 waren die unternehmensnahen Dienstleister von der ungewissen konjunkturellen Lage im Verarbeitenden Gewerbe lediglich verunsichert. Die im ersten Quartal 1999 anhaltende Konjunkturschwäche im Verarbeitenden Gewerbe hat sich nun negativ auf die unternehmensnahen Dienstleister niedergeschlagen. Bis zum Herbst 1999 wird es bei den unternehmensnahen Dienstleistern daher voraussichtlich keine Rückkehr zur Dynamik der Jahre 1997 und 1998 geben. Für neue Impulse können die wachsende westdeutsche Baukonjunktur und die allgemeine konjunkturelle Belebung der deutschen Wirtschaft sorgen.

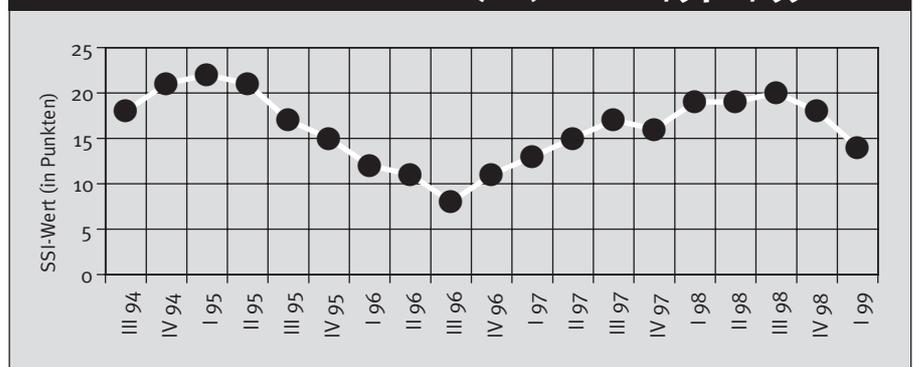
Für das zweite Quartal 1999 rechnen die unternehmensnahen Dienstleister mit einer weiteren Abschwächung von Umsatz-, Ertrags- und Nachfragewachstum. Beim Personalbestand wird es dagegen keine Veränderungen geben. Dies und die Tatsache, daß im ersten Quartal 1999 mehr Personal eingestellt als entlassen wurde, läßt eine ähnlich große Abschwächung der Dienstleistungskonjunktur wie im ersten Quartal 1999 als unwahrscheinlich erscheinen. Nachdem es vor allem bei den EDV-Dienstleistern und Unternehmensberatern zu einem Mangel an Fachpersonal gekommen ist, versuchen die unternehmensnahen Dienstleister zunächst, Anpassungen bei den Arbeitszeiten vorzunehmen.

Nach wie vor bleibt die konjunkturelle Situation der unternehmensnahen Dienstleister in Ost- und Westdeutschland gespalten. In den alten Ländern beurteilen sie ihre konjunkturelle Lage wesentlich besser als ihre Konkurrenten aus Ostdeutschland. Im ersten Quartal 1999 hat sich die Einschätzung der konjunkturellen Lage in Ost und West geringfügig angenähert. Während die westdeutschen unternehmensnahen Dienst-

leister eine Verschlechterung der konjunkturellen Situation verspüren, hat sich die Lage in Ostdeutschland stabilisiert. Vor allem der Personalabbau

tionierung sowie nach der Einführung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien bleibt aber ungebrochen. EDV-Dienstleister und Unterneh-

Service Sentiment Indicator (SSI) -Werte II/94 - I/99



scheint dort zum Stillstand gekommen zu sein. Mit einem grundlegenden Aufschwung ist bei den unternehmensnahen Dienstleistern in den neuen Ländern 1999 aber noch nicht zu rechnen. Noch immer ist die ostdeutsche Wirtschaft stark abhängig vom Baugewerbe, in welchem nur für Westdeutschland in diesem Jahr mit einem Aufschwung gerechnet wird.

EDV und Unternehmensberatung leicht verschlechtert

Einen konjunkturellen Einbruch weisen bei den unternehmensnahen Dienstleistern auch die Boombranchen der letzten Jahre, EDV-Dienstleistungen und Unternehmensberatung, auf. Zwar wird die konjunkturelle Situation in diesen beiden Branchen weiterhin als sehr gut eingeschätzt, das starke Wachstum hat sich nunmehr aber abgeschwächt. Der Grund dafür ist, daß die Sonderkonjunktur durch die Einführung des Euros und die Umstellung auf das Jahr 2000 langsam ausläuft. Die Nachfrage nach Standardsoftwarelösungen und deren Implemen-

mentsberater werden deshalb auch weiterhin die am stärksten wachsenden Branchen bei den unternehmensnahen Dienstleistern bleiben. Bereits für das laufende Frühjahrsquartal erwarten die EDV-Dienstleister und Unternehmensberater wieder eine Verbesserung der konjunkturellen Lage. Ganz im Gegensatz dazu entwickelt sich die Abfall- und Abwasserbranche immer weiter zum Sorgenkind der unternehmensnahen Dienstleister. Die Konjunktur hat sich im ersten Quartal 1999 weiter abgekühlt. Die Branche hat mit erheblichen Überkapazitäten zu kämpfen.

Als Folge der schwachen Konjunktur im Verarbeitenden Gewerbe beurteilen die Fahrzeugvermieter und Spediteure nach zuletzt guten Einschätzungen ihre Lage pessimistischer. Ein Ende des lang anhaltenden Abschwungs ist hingegen bei den technischen Planern auszumachen. Sie profitieren von der langsam anziehenden Baukonjunktur in Westdeutschland. Bei den Architekten ist eine konjunkturelle Belebung noch nicht absehbar.

Ulrich Kaiser, E-Mail: kaiser@zew.de

Wirtschaftsentwicklung in Europa

Italien: weiter gebremstes Wachstum

Von der Finanzpolitik gehen zwar keine restriktiven Wirkungen mehr auf die Wirtschaft aus. Die schwache Auslandsnachfrage verhindert jedoch einen nennenswerten Aufschwung in der Industrie. Da Beschäftigung und Realeinkommen nur allmählich expandieren, bleibt der Zuwachs des privaten Verbrauchs moderat.

■ Nachdem die Vorbereitungen für den Beitritt zur EWU mehrere Jahre lang harte finanzpolitische Restriktionen erforderten, lockerte Finanzminister Ciampi die Zügel 1999 ein wenig. Die Wirtschaft profitiert von steuerlichen Entlastungen, einer Senkung der Sozialbeiträge und höheren staatlichen Infrastrukturinvestitionen. Diese Maßnahmen stehen im Zusammenhang mit dem „Sozialpakt für Wachstum und Beschäftigung“, der im Dezember von der Regierung, den Gebietskörperschaften und den Sozialpartnern vereinbart wurde.

Die Regierung bleibt aber im Rahmen des Stabilitätspakts der EWU zur Verringerung des öffentlichen Budgetdefizits verpflichtet. Die im Haushaltsentwurf vorgesehene

Reduzierung auf 2 Prozent des BIP läßt sich wohl nicht einhalten, da der Anstieg des BIP 1999 schwächer ausfallen dürfte als ursprünglich angenommen und die Steuereinnahmen entsprechend langsamer fließen.

Der private Verbrauch dürfte im laufenden Jahr die wichtigste Stütze der Konjunktur darstellen. Eine leichte Verbesserung am Arbeitsmarkt und etwas schneller steigende Reallöhne sind die Basis dafür. Anstöße für mehr Konsumausgaben gehen auch von der Rückerstattung (in Höhe von 60 Prozent) der 1997 erhobenen 'Euro-Steuer' aus.

Insgesamt fließen dadurch 3000 Mrd. Lire (etwa 3 Mrd. DM) an die Steuerzahler zurück. Der Indikator des Verbrauchervertrauens hat sich nach einer Verbesserung im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres jedoch wieder verschlechtert. Der Kosovo-Krieg vor der Haustür scheint die Kauflust der Italiener zu dämpfen.

Langsam steigende Investitionen

Die Angleichung an das Zinsniveau in der EWU sowie die angekündigten Steuererleichterungen sind Faktoren, welche die Investitionen stützen. Unter anderem wurden steuerliche Anreize für Unternehmen, die neue Investitionsgüter anschaffen, eingeführt. Ihr Umfang wird auf 4000 Mrd. Lire (etwa 4 Mrd. DM) für den Zweijahreszeitraum 1999 und 2000 veranschlagt. Allerdings dürfte die Investitionstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe erst allmählich an Dynamik gewinnen. Die Kapazitätsauslastung in diesem Sektor fiel nach einem Jahreshöchststand von 79,3 Prozent im 3. Quartal 1998 zurück und lag Anfang 1999 etwa auf dem Niveau von 1997. Im Schlußquartal 1998 und in den ersten beiden Monaten 1999 brach die Produktion ein und lag um 2 bzw. 3 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Mit dem Rückfahren der Produktion reagierten die Firmen vor allem auf die während des letzten Jahres aufgebauten und schließlich als zu hoch beurteilten Lagerbestände. Nachdem diese sukzessive abgebaut werden, dürfte die Industrieproduktion wieder in Gang kommen. Die Produktionserwar-

tungen, wie sie im Februar und März in der Industrieumfrage zum Ausdruck kamen, deuten trotz rückläufiger Auslandsaufträge auf eine vorsichtige Rückkehr des Optimismus.

Die Wohnungsbauinvestitionen scheinen sich aufgrund der Anreize für Umbaumaßnahmen und Renovierungen zu erholen. Hinsichtlich der öffentlichen Investitionen besteht insofern ein Nachholbedarf, als wegen staatlicher Sparmaßnahmen zwischen 1990 und 1997 ein Rückgang von 23 Prozent zu verzeichnen war. Die Regierung hat nun wieder mehr Mittel für öffentliche Infrastrukturen, vor allem für den Autobahnbau, bereitgestellt.

Der Außenhandel leidet seit Mitte letzten Jahres wie in den anderen Ländern der EWU unter den internationalen Krisen und der schwächeren Nachfrageentwicklung in der EU. Besonders im Verarbeitenden Gewerbe macht sich dies mit rückläufigen Exportaufträgen bemerkbar. Im ersten Quartal des laufenden Jahres hat sich die Lage Umfragen zufolge noch verschärft. Besonders betroffen von der Finanzschwäche in Ostasien sind exportintensive Branchen Italiens, wie etwa der Textilmaschinenbau. Hinzu kommt, daß die NATO-Basen in Italien für den Tourismus nicht förderlich sind. Ersten Schätzungen zufolge könnte der Kosovo-Krieg dem Fremdenverkehr 1999 Einbußen von rund 15% bescheren. Eine Erholung der Auslandsnachfrage ist unter der Voraussetzung einer Stabilisierung in den Krisenregionen der Weltwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 1999 zu erwarten.

Barbara Knoth, E-Mail: knoth@zew.de

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW Konjunkturreport – erscheint viermal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01, Fax -224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-225, E-mail: buscher@zew.de, Daniel Radowski, Telefon 0621/1235-296, Telefax 0621/1235-225, E-mail: radowski@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher